



Geschäftsführung Stadtentwicklungsausschuss

Frau Michels

Telefon: (0221) 221 - 23148
Fax: (0221) 221 - 24447
E-Mail: marianne.michels@stadt-koeln.de
Datum: 13.01.2015

Niederschrift

über die **3. Sitzung des Stadtentwicklungsausschusses** in der Wahlperiode 2014/2020 am Donnerstag, dem 27.11.2014, 15:05 Uhr bis 17:50 Uhr, Rathaus Spanischer Bau, Theo-Burauen-Saal (Raum-Nr. B 121)

Anwesend waren:

Stimmberechtigte Mitglieder

Frau Birgit Gordes	CDU	
Herr Michael Frenzel	SPD	
Frau Kirsten Jahn	GRÜNE	
Frau Dr. Eva Bürgermeister	SPD	
Herr Rafael Christof Struwe	SPD	
Herr Jörg van Geffen	SPD	
Herr Dr. Walter Gutzeit	CDU	Vertretung für Frau De Bellis-Olinger
Herr Niklas Kienitz	CDU	
Frau Monika Roß-Belkner	CDU	
Frau Sabine Pakulat	GRÜNE	
Herr Dr. Matthias Welpmann	GRÜNE	
Herr Michael Weisenstein	DIE LINKE	
Herr Reinhard Houben	FDP	Vertretung für Herrn Sterck

Beratende Mitglieder

Herr Thomas Hegenbarth	PIRATEN	bis 16.55 Uhr
Frau Judith Wolter	pro Köln	bis 17.10 Uhr
Herr Thor-Geir Zimmermann	DEINE FREUNDE	15.25 Uhr bis 17.45 Uhr
Frau Sigrid Buchholz	Seniorenvertretung der Stadt Köln	
Herr Marco Malavasi	SPD	bis 17.40 Uhr
Herr Jürgen Brock-Mildenberger	SPD	
Herr Oliver Krems	SPD	
Frau Prof. Dr. Barbara Schock-Werner	auf Vorschlag der SPD	
Herr Frank Mühr	auf Vorschlag der CDU	
Herr Dr. Ulrich Soénius	auf Vorschlag der CDU	bis 17.35 Uhr
Herr Ilias Uyar	auf Vorschlag der CDU	
Herr Jörg Beste	auf Vorschlag der Grünen	
Herr Horst Thelen	GRÜNE	ab 15.38 Uhr
Herr Lothar Müller	DIE LINKE	
Herr Norbert Hilden	auf Vorschlag der FDP	

Verwaltung

Herr Beigeordneter Franz-Josef Höing	Dezernat Stadtentwicklung, Planen, Bauen und Verkehr
Frau Maria Kröger	Amt für Stadtentwicklung und Statistik
Herr Josef Ludwig	Amt für Wohnungswesen
Herr Edmund Makrutzki	Stadtplanungsamt
Frau Elke Müssigmann	Stadtplanungsamt
Herr Bernd Pütz	Bauverwaltungsamt

Herr Dr. Thomas Werner

Amt für Denkmalschutz

Schriftführerin

Frau Marianne Michels

Dezernat Stadtentwicklung, Planen, Bauen und Verkehr

**Presse
Zuschauer**

Entschuldigt fehlen:

Stimmberechtigte Mitglieder

Frau Teresa De Bellis-Olinger
Herr Ralph Sterck

CDU
FDP

Beratende Mitglieder

Herr Florian Mertens
Herr Andreas Henseler
Frau Barbara Röttger- Schulz

AfD
Freie Wähler Köln
auf Vorschlag der Stadtarbeitsgemeinschaft Behinderten-
politik

Herr Jürgen Ulrich
Herr Laurens Wellmann

auf Vorschlag der Grünen

Vorsitzende Gordes eröffnet die dritte Sitzung des Stadtentwicklungsausschusses in der Wahlperiode 2014 bis 2020 und begrüßt die Anwesenden.

Sie heißt besonders die neuen sachkundigen Einwohner im Stadtentwicklungsausschuss, Herrn Dr. Soénius und Herrn Malavasi, herzlich willkommen und bittet alle Anwesenden sich zu erheben, damit sie die beiden Herren für ihre Aufgaben verpflichten kann. Anschließend verliest sie den Text gem. § 58 GO NRW i.V.m. § 5 der Hauptsatzung.

Im Anschluss daran verliest Vorsitzende Gordes die Änderungen zur Tagesordnung und fragt an, ob seitens der Mitglieder des Stadtentwicklungsausschusses weiterer Änderungsbedarf bestehe.

RM Frenzel macht seitens der SPD-Fraktion Beratungsbedarf zu TOP 6.4 – Anpassung an den Klimawandel- geltend. Ferner regt er an, die Mitteilungen zu TOP 17.1 –Wohnen in Köln- und 17.5 –Pegel Köln- gemeinsam zu beraten.

RM Dr. Welpmann kritisiert, dass die Verwaltung die Mitteilung zu TOP 26.1 – Errichtung eines „Laufhauses“- eigenmächtig zurückgezogen habe, ohne die politische Diskussion abzuwarten.

Da keine anderen Änderungswünsche zur Tagesordnung vorgetragen werden, stellt Vorsitzende Gordes diese zur Abstimmung. Nachdem die so geänderte einstimmig angenommen wird, ergibt sich folgende

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

A Ggf. Verpflichtung weiterer sachkundiger Einwohner/innen

1 Beantwortung von Anfragen aus früheren Sitzungen

1.1 Beantwortung der Anfrage der CDU-Fraktion vom 06.11.2014 betreffend Sachstand Förderung von Investitionen in nationale Projekte des Städtebaus (AN/1527/2014)
3429/2014

1.2 Initiativen für das Stadtbild 2010 ff. Schandfleckenbeseitigung und Verschönerungsmaßnahmen
Beschluss des Rates vom 28.04.2005, DS-Nr. 0629/005
Nachfrage des RM Sterck zur Sitzung am 06.11.2014
3224/2014
3587/2014

2 Schriftliche Anfragen

2.1 Gelände des ehemaligen Güterbahnhofs in Mülheim
Anfrage der Fraktion Die Linke vom 24.11.2014
AN/1651/2014

2.2 Umnutzung des Klarissenklosters
Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 24.11.2014
AN/1652/2014

3 Anträge

4 Stadtplanung - Projekte

4.1 Umsetzung Masterplan

5 Allgemeine Vorlagen

5.1 'Interkulturelles Maßnahmenprogramm - Maßnahmenempfehlungen der Expertengruppen und des Integrationsrates'
2225/2014

- 5.2 Planfeststellungsverfahren gem. §§ 72 ff. VwVfG i. V. m. §§ 18 ff. Allgemeines Eisenbahngesetz (AEG); hier: Stellungnahme zum 1. Deckblatt für das Vorhaben "Neubau der südlichen Anbindung Köln Nippes" in Köln-Bilderstöckchen und Köln-Nippes
2954/2014

6 Beteiligung an stadtentwicklungsrelevanten Beschlussvorlagen

- 6.1 Schenkungsannahme Sparda Kunstpreis NRW 2012/2013
0725/2014
- 6.2 Integriertes Handlungskonzept für das Programmgebiet "Soziale Stadt" Köln-Lindweiler
2404/2014
- 6.3 Sanierung Bocklemünd/Mengenich
Aufhebung der Sanierungssatzung Bocklemünd/Mengenich
3171/2014
- 6.4 Anpassung an den Klimawandel
2216/2014

zurückgestellt

7 Änderungen des Flächennutzungsplanes

- 7.1 199. Änderung des Flächennutzungsplanes (FNP) im Stadtbezirk 7 Köln-Porz
Arbeitstitel: "Fernbusbahnhof am Flughafen Köln Bonn" in Köln-Porz-Grengel
hier: Einleitungsbeschluss und Beschluss zur frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit
1330/2014

endgültig zurückgezogen

8 Städtebauliche Planungskonzepte / Beschlüsse zur Durchführung von frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligungen

- 9 **Städtebauliche Planungskonzepte / Stellungnahme der Bezirksvertretungen zu den Ergebnissen der vorgezogenen Bürgerbeteiligungen/frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligungen, Entscheidungen über die Vorgaben zu den Bebauungsplan-Entwürfen**

- 10 Einleitung/Aufstellung/Offenlage von Bebauungsplänen bzw. Bebauungsplan-Entwürfen, ggf. mit Beschluss zur Durchführung der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligungen**
- 10.1 Beschluss über die Offenlage des Bebauungsplan-Entwurfes (vorhabenbezogener Bebauungsplan) 67468/03
Arbeitstitel: Konrad-Adenauer-Ufer/Wörthstraße 34 in Köln-Neustadt/Nord
2149/2014
- 10.2 Beschluss über die Aufstellung und Offenlage des Bebauungsplan-Entwurfes 69399/03
Arbeitstitel: Bahnstraße in Köln-Rodenkirchen
2780/2014
- 10.3 Beschluss über die Einleitung und Offenlage des Bebauungsplan-Entwurfes (vorhabenbezogener Bebauungsplan) Nummer 63466/02
Arbeitstitel: Leyendeckerstraße/Christianstraße in Köln-Ehrenfeld
2855/2014
- 10.4 Bebauungsplanverfahren (vorhabenbezogener Bebauungsplan) "Niehler Gürtel 104" in Köln-Weidenpesch;
hier: Beschluss über die Auswahl einer Konzeptvariante als Grundlage für den Bebauungsplan-Entwurf
2900/2014
- 10.5 Beschluss über die Aufstellung eines Bebauungsplanverfahrens
Arbeitstitel: Lindgens-Areal in Köln-Mülheim
2827/2014
- 10.6 Beschluss über die Aufstellung eines Bebauungsplanes
Arbeitstitel: Rhöndorfer Straße in Köln-Sülz
3327/2014
- 11 Aufhebung von Aufstellungsbeschlüssen sowie Einstellung von Bebauungsplan-Verfahren**
- 12 Beschlüsse über Anregungen/Stellungnahmen, Änderungen sowie Satzungsbeschlüsse von Bebauungsplan-Entwürfen**
- 12.1 Beschluss über Stellungnahmen sowie Satzungsbeschluss betreffend den Bebauungsplan-Entwurf 73480/06
Arbeitstitel: Kochwiesenstraße in Köln-Holweide
2868/2014
- 12.2 Beschluss über Stellungnahmen sowie Satzungsbeschluss betreffend den Bebauungsplan-Entwurf 69460/07
Arbeitstitel: Euroforum Nord in Köln-Mülheim
3046/2014

13 Änderungen/Ergänzungen von Bebauungsplänen

- 13.1 Beschluss über die Einleitung betreffend die Änderung des Bebauungsplanes 77349/04
Arbeitstitel: "GE westlich Linder Kreuz" in Köln-Porz-Lind, 3. Änderung
2841/2014

endgültig zurückgezogen

- 13.2 Beschluss über die Einleitung betreffend die Änderung des Bebauungsplanes (vorhabenbezogener Bebauungsplan) Nummer 69450/08
Arbeitstitel: "Ehemaliges CFK-Gelände" in Köln-Kalk, 2. Änderung
3164/2014
- 13.3 Beschluss über die Einleitung betreffend die Änderung des Bebauungsplanes 75409/04
Arbeitstitel: Friedrich-Naumann-Straße in Köln-Porz-Eil, 2. Änderung
3594/2014

14 Aufhebung von Bebauungsplänen

- 14.1 Aufhebung des Bebauungsplanes 74397/02 und seiner 1. und 2. Änderung
- Einleitungs- und Offenlagebeschluss -
Arbeitstitel: Josefstraße in Köln-Porz
2633/2014

zurückgestellt

- 14.2 Aufhebung des Aufstellungsbeschlusses eines Bebauungsplanes für ein Eckgrundstück Bergisch Gladbacher Straße/Musäusstraße
Arbeitstitel: Bergisch Gladbacher Straße/Musäusstraße in Köln-Holweide
2934/2014

15 Sonstige Satzungen

- 15.1 Satzung über eine Veränderungssperre für einen Teilbereich der Ortslage in Köln-Niehl
Arbeitstitel: Nördlich Erlenhofstraße in Köln-Niehl
3104/2014
- 15.2 Satzung über eine Veränderungssperre für einen Teilbereich der Ortslage in Köln-Porz-Westhoven
Arbeitstitel: Stollwerckstraße in Köln-Porz-Westhoven
3133/2014

16 Anträge und Vorschläge aus den Bezirksvertretungen

17 Mitteilungen

- 17.1 Wohnen in Köln
Fakten, Zahlen und Ergebnisse 2013, Ausblick 2014
2976/2014
- 17.2 7. Auflage der Broschüre "Der vorhabenbezogene Bebauungsplan - Ein Leit-
faden für Architekten, Bauwillige und Investoren" unter besonderer Berück-
sichtigung des "Kooperativen Baulandmodells Köln"
3030/2014
- 17.3 Neubau der Wendeanlage im Bahnhof Köln-Rodenkirchen der Linie 16
3421/2014
- 17.4 Wohnungsbaumaßnahme Zündorf-Süd
3257/2014
- 17.5 Pegel Köln 2/2014
Wohnungsbau in Köln 2013
Über 3.000 neue Wohnungen - weiter steigende Preise
3457/2014

18 Mündliche Anfragen

19 Gleichstellungsrelevante Themen

II. Nichtöffentlicher Teil

20 Beantwortung von Anfragen aus früheren Sitzungen

- 20.1 Baugebiet Kapellenstraße in Köln-Rondorf
3337/2014

21 Schriftliche Anfragen

22 Anträge

23 Stadtplanung - Projekte

24 Gestaltungsbeirat

25 Sonstige Vorlagen

26 Mitteilungen

- 26.1 Errichtung eines "Laufhauses" und Hotel am Güterverkehrszentrum Köln-Eifeltor
2821/2014

endgültig zurückgezogen

27 Mündliche Anfragen

I. Öffentlicher Teil

A Ggf. Verpflichtung weiterer sachkundiger Einwohner/innen

Dieser Tagesordnungspunkt wurde zu Beginn der Sitzung behandelt.

1 Beantwortung von Anfragen aus früheren Sitzungen

1.1 Beantwortung der Anfrage der CDU-Fraktion vom 06.11.2014 betreffend Sachstand Förderung von Investitionen in nationale Projekte des Städtebaus (AN/1527/2014) 3429/2014

Vorsitzende Gordes bedauert, dass die seitens der Stadt Köln angemeldeten Maßnahmen nicht die höchste Priorisierung erfahren hätten. Sie bittet die Verwaltung, die diesbezügliche Kommentierung des Landes dem Ausschuss bekanntzugeben. Ferner bittet sie die Verwaltung, das Projekt „Via Culturalis“ im kommenden Jahr erneut zur Förderung anzumelden.

Beigeordneter Höing sagt dies zu, zumal der Antrag sehr positiv kommentiert worden sei. Allerdings müsse darüber nachgedacht werden, das Projekt anders zu „portionieren“, damit es eine Chance auf Förderung erhalte. Denn gefördert würden in der Regel nur Projekte bis zu einer gewissen Kostenhöhe.

1.2 Initiativen für das Stadtbild 2010 ff. Schandfleckenbeseitigung und Verschönerungsmaßnahmen Beschluss des Rates vom 28.04.2005, DS-Nr. 0629/005 Nachfrage des RM Sterck zur Sitzung am 06.11.2014 3224/2014 3587/2014

Der Stadtentwicklungsausschuss nimmt die Antwort der Verwaltung zur Kenntnis.

2 Schriftliche Anfragen

2.1 Gelände des ehemaligen Güterbahnhofs in Mülheim Anfrage der Fraktion Die Linke vom 24.11.2014 AN/1651/2014

Frau Müssigmann (stellv. Amtsleiterin des Stadtplanungsamtes) nimmt zum aktuellen Sachstand Stellung. Eine schriftliche Beantwortung wird nachgereicht.

2.2 Umnutzung des Klarissenklosters
Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 24.11.2014
AN/1652/2014

Herr Dr. Werner (Amt für Denkmalschutz und Denkmalpflege) bezieht Stellung zum Bereich des Denkmalschutzes. Eine Umnutzung des Klarissenklosters sei grundsätzlich vorstellbar; allerdings halte er die Erstellung eines Gesamtkonzeptes für wichtig. Anschließend beantwortet er Nachfragen der Mitglieder des Stadtentwicklungsausschusses zu einzelnen Details.

Eine schriftliche Antwort der Verwaltung wird nachgereicht.

3 Anträge

Zu diesem Tagesordnungspunkt lag nichts vor.

4 Stadtplanung - Projekte

4.1 Umsetzung Masterplan

Zu diesem Tagesordnungspunkt lag nichts vor.

5 Allgemeine Vorlagen

5.1 'Interkulturelles Maßnahmenprogramm - Maßnahmenempfehlungen der Expertengruppen und des Integrationsrates'
2225/2014

RM Frenzel verweist auf die als Tischvorlage verteilten Änderungsanträge und den Auszug aus dem Beschlussprotokoll des Integrationsrates, welche er in der Kürze der Zeit nicht in Gänze habe lesen und beurteilen können. Er schlägt daher vor, einen Beschluss in Form des Verwaltungsvorschlages zu fassen und die Verwaltung zu bitten, einen kurzen Sachstandsbericht zu den Maßnahmen die den Stadtentwicklungsausschuss betreffen, insbesondere zu der in der Anlage 3 beschriebenen Form der Bürgerbeteiligung, zu erstellen.

RM Kienitz ist mit dem von Herrn Frenzel vorgeschlagenen Verfahren einverstanden. Die CDU könne inhaltlich insbesondere die den Stadtentwicklungsausschuss betreffenden Maßnahmen mittragen. Den im Integrationsrat eingebrachten Änderungsantrag der CDU erachte er zwar als wichtig, jedoch könne dieser auch im Rahmen der Haushaltsplanberatungen in die Diskussion mit einfließen. Zur abschließenden Bewertung des anderen Änderungsantrages benötige er zuvor eine Expertise durch die Verwaltung.

RM Jahn begrüßt das interkulturelle Maßnahmenprogramm und freut sich, dass das Konzept in diesem Ausschuss offenbar eine breite Mehrheit finden werde. In Bezug auf die Einbeziehung von Migrantinnen und Migranten bei den Bürgerbeteiligungsverfahren erinnere sie an eine Diskussion in diesem Ausschuss zur Sitzung am 03.04.2014, wonach auf Vorschlag von Frau Moritz die Verwaltung zugesagt habe, eine solche Beteiligung beim Verfahren „Güterbahnhof Mülheim“ zu prüfen. Insofern

wäre sie heute auch bereit gewesen, einen weitergehenden Beschluss zu fassen. Auf alle Fälle müsse aber ein positives Signal seitens des Stadtentwicklungsausschusses ausgesendet werden, dass das interkulturelle Maßnahmenpaket einen hohen Stellenwert für ihn besitze und der Umsetzung bedürfe.

SE Hilden schließt sich für die FDP-Fraktion dem Verwaltungsvorschlag an.

Vorsitzende Gordes stellt die Beschlussvorlage in Form des Verwaltungsvorschlages zur Abstimmung:

Beschluss:

Der Fachausschuss bezieht sich auf die in seinem Zuständigkeitsbereich aufgelisteten Maßnahmenempfehlungen im ‚Interkulturellen Maßnahmenprogramm – Maßnahmenempfehlungen der Expertengruppen und des Integrationsrates‘ und nimmt die entsprechenden Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis.

Die Verwaltung wird beauftragt,

1. alle Maßnahmenempfehlungen, die mit hoher und mittlerer Priorität beurteilt wurden und für die keine Zuweisung zusätzlicher Mittel erforderlich ist (s. Anlage 1, Maßnahmen zu A), kurzfristig umzusetzen bzw. bereits begonnene Maßnahmen fortzusetzen und hierüber dem Fachausschuss und dem Integrationsrat bis Ende 2015 zu berichten,
2. die von der Verwaltung mit hoch priorisierten Maßnahmenvorschläge, die zusätzlicher Ressourcen bedürfen (s. Anlage 2, Maßnahmen zu B), zur abschließenden Beschlussfassung dem Rat im Rahmen der Haushaltsberatungen 2015 vorzulegen,
3. die Maßnahmenempfehlungen, die nicht als erforderlich beurteilt werden bzw. eine mittlere oder geringe Priorität haben (s. Anlage 3, Maßnahmen zu C) nicht umzusetzen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

5.2 Planfeststellungsverfahren gem. §§ 72 ff. VwVfG i. V. m. §§ 18 ff. Allgemeines Eisenbahngesetz (AEG); hier: Stellungnahme zum 1. Deckblatt für das Vorhaben "Neubau der südlichen Anbindung Köln Nippes" in Köln-Bilderstöckchen und Köln-Nippes 2954/2014

SE Dr. Soénius erklärt, seines Wissens habe die DB die Stadt bereits vor dem Planfeststellungsverfahren über die beabsichtigte Baumaßnahme im Zusammenhang mit der geplanten Bebauung des ehemaligen Bahngeländes informiert. Insoweit habe es die DB auch abgelehnt, die für das Vorhaben benötigte Fläche zu veräußern oder zu verpachten. Hier stelle sich die Frage, ob die DB diesbezüglich nicht Vertrauensschutz genieße. In der Vorlage finde dies keine Erwähnung.

Herr Pütz (Bauverwaltungsamt) sagt zu, dies zu eruieren und den Ausschuss entsprechend zu informieren.

Beschluss:

Der Stadtentwicklungsausschuss beschließt, im Planfeststellungsverfahren die als Anlage 5 beigefügte Stellungnahme abzugeben.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

6 Beteiligung an stadtentwicklungsrelevanten Beschlussvorlagen

**6.1 Schenkungsannahme Sparda Kunstpreis NRW 2012/2013
0725/2014**

Vorsitzende Gordes schlägt vor, heute das Votum des Stadtentwicklungsausschusses zu dieser Schenkung einzuholen und die Vorlage in den Ausschuss Kunst und Kultur sowie in die Bezirksvertretung Innenstadt zu verweisen. Zeitlich gesehen sei dies unschädlich, weil beide Gremien noch vor der Ratssitzung am 16.12.2014 tagen. Ziel dieses Vorgehens sei, eine möglichst breite Zustimmung für die Annahme der Schenkung zu erhalten.

RM Frenzel erklärt, Kunstgeschenke seien in dieser Stadt immer willkommen und hätten eine jahrelange Tradition. Auch den Standort halte er für passend. Die SPD spreche sich klar für die Annahme der Schenkung aus. Mit dem von Frau Gordes vorgeschlagenen Verfahren sei er ebenfalls einverstanden.

RM Jahn gibt zu bedenken, dass die Schenkung mit einer Gebundenheit, bzw. „Unverrückbarkeit“ an den Standort verknüpft sei. Der Breslauer Platz werde aber in den nächsten Jahren gravierend umgestaltet. Ein Kunstwerk, welches „unverrückbar“ an seinem Platz bestehen müsse, bedeute ihrer Ansicht nach eine zu starke Einschränkung. Aus stadtentwicklungspolitischer Sicht lehne ihre Fraktion daher diesen Standort und damit die Vorlage ab.

RM Kienitz richtet einleitend seinen ausdrücklichen Dank an die Stifter des Obeliskens. Es handele sich hierbei um ein Kunstwerk mit einem hohen Anspruch, welches er wertschätze. Es sei zwar richtig, dass für den Breslauer Platz eine Weiterentwicklung vorgesehen ist, jedoch sehe er das Kunstwerk an dieser Stelle nicht als Hindernis an.

RM Weisenstein signalisiert für die Fraktion Die Linke ebenfalls Zustimmung. Er verzichte aber an dieser Stelle auf eine künstlerische Beurteilung, diesbezüglich vertraue er auf die bereits geführten künstlerischen Debatten und der Fachjury.

RM Houben stimmt von Seiten der FDP der Schenkungsannahme ebenfalls zu. Ferner appelliere er an alle Beteiligten, im Umgang mit Stiftern einen sensiblen Umgangston zu pflegen.

Vorsitzende Gordes stellt auf Nachfrage fest, dass der Stadtentwicklungsausschuss mit dem von ihr vorgeschlagenen Verfahren einverstanden ist und lässt in diesem Sinne abstimmen:

Der Stadtentwicklungsausschuss verweist die Vorlage zur Anhörung in die Bezirksvertretung Innenstadt und in den Ausschuss für Kunst und Kultur und empfiehlt dem Rat wie folgt zu beschließen:

Beschluss:

Der Rat beschließt, das Kunstobjekt "Obelisc of Tutankhamun" der Künstlerin Rita McBride Platz als Schenkung durch die Stiftung Kunst Kultur und Soziales der Spar-da-Bank West anzunehmen und stimmt der Aufstellung nach der erteilten Nutzungsgenehmigung auf dem Kreisverkehr des Breslauer Platzes zu.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich zugestimmt gegen die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

6.2 Integriertes Handlungskonzept für das Programmgebiet "Soziale Stadt" Köln-Lindweiler 2404/2014

RM Frenzel richtet seinen ausdrücklichen Dank an die Verwaltung für das vorliegende Konzept, welches seines Erachtens wegweisend sei. Auch freue er sich über das schnelle Handeln der Verwaltung, weil das Integrierte Handlungskonzept nunmehr noch in diesem Jahr vom Rat verabschiedet werden könne.

SE Mühr schließt sich dem Lob des Herrn Frenzel an. Auch er halte das Konzept für hervorragend und dankt allen Beteiligten.

RM Jahn ist ebenfalls voll des Lobes. Auch sei sie sicher, dass die Zusammenarbeit mit dem Träger bestens funktionieren werde.

Auf Nachfrage des SE Hegenbarth erläutert Frau Kröger (Amtsleiterin des Amtes für Stadtentwicklung und Statistik) die Gründe, warum das Konzept erst jetzt in die Umsetzung gebracht werde.

Vorsitzende Gordes stellt die Vorlage zur Abstimmung:

Der Stadtentwicklungsausschuss empfiehlt dem Rat wie folgt zu beschließen:

Beschluss:

1. Der Rat beschließt das Integrierte Handlungskonzept (IHK) Köln-Lindweiler unter Berücksichtigung und Abwägung der Ergebnisse einer Öffentlichkeitsbeteiligung mit Kosten von 4.704.116 €
2. Er beauftragt die Verwaltung, Fördermittel für die zur Städtebauförderung vorgesehenen Maßnahmen des IHK in einem Gesamtvolumen von voraussichtlich rund 3,75 Mio. € einzuwerben und die Maßnahmen nach gesicherter Finanzierung umzusetzen. Sollten sich das Land oder der Bund aus der Finanzierung einzelner Maßnahmen zurückziehen, erfolgt keine Kompensation durch städtische Mittel.
3. Des Weiteren beschließt der Rat die Vorfinanzierung der Kosten der für einen qualifizierten Förderantrag notwendigen Entwurfsplanung nach Leistungsphase 1-3 HOAI in Höhe von rund 170.000 € für die Maßnahme aus dem IHK „Umbau des Sozialen Zentrums Lino-Club zu einem Generationen übergreifenden Bürgerhaus (Mehrgenerationenhaus)“. Die Kosten der Vorfinanzierung sind nach Bewilligung der Maßnahme durch die Bezirksregierung nachträglich mit voraussichtlich 80 %

förderfähig.

4. Er beschließt für das Haushaltsjahr 2014 die außerplanmäßige Bereitstellung von investiven Auszahlungsermächtigungen in Höhe von 170.000 € im Teilfinanzplan 0902 - Stadtentwicklung, Teilplanzeile 11, Auszahlungen von aktivierbaren Zuwendungen für die Entwurfsplanung nach Leistungsphase 1-3 HOAI für die Maßnahme „Umbau des Sozialen Zentrums Lino-Club zu einem Generationen übergreifenden Bürgerhaus (Mehrgenerationenhaus). Deckung erfolgt durch Wenigerauszahlung im gleichen Teilplan, Teilplanzeile 8, Auszahlungen für Baumaßnahmen bei Finanzstelle 1502-0902-1-0000 Innenstadt (südl. Erw.) Sanierung/Erneuerung.

Die bis 2018 erforderlichen Mittel sind im Haushaltsplanentwurf 2015 inklusive mittelfristiger Finanzplanung 2016-2018 zu veranschlagen.

Die für die Folgejahre bis 2020 (voraussichtlicher Abschluss der Umsetzung der Maßnahmen) erforderlichen Mittel werden in die künftige Haushaltsplanung aufgenommen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

6.3 Sanierung Bocklemünd/Mengenich Aufhebung der Sanierungssatzung Bocklemünd/Mengenich 3171/2014

RM Jahn begrüßt die Vorlage. Sie möchte jedoch wissen, ob die Verwaltung über Zahlen verfüge, inwieweit sich bestimmte Indikatoren verändert hätten, bzw. woraus erkennbar hervorgehe, wie sich die Maßnahmen auswirken.

Frau Kröger (Amtsleiterin des Amtes für Stadtentwicklung und Statistik) erläutert, ein derartiges Controlling sei seinerzeit noch nicht verpflichtend gewesen. Auch bräuchte es eine gewisse Zeitdauer, um die Wirksamkeit der Maßnahmen beurteilen zu können. Dennoch werde sie gerne aktuelle Zahlen für den Stadtentwicklungsausschuss zusammenstellen.

RM Kienitz ist der Meinung, dass in verschiedenen Bereichen bereits offensichtliche Verbesserungen erzielt worden seien. Dies betreffe beispielsweise die soziale Kontrolle im öffentlichen Bereich, den Neubau der U-Bahn Haltestelle und die Maßnahmen im Wohnungsbestand. Allerdings sei es auch richtig danach zu fragen, welchen Erfolg im Detail die Sanierungssatzung bewirkt habe. Kritisch begleitet werden müsse seines Erachtens auch die Entwicklung des Gebietes nach Wegfall der Sozialbindung.

Vorsitzende Gordes stellt die Vorlage mit Wiedervorlageverzicht zur Abstimmung:

Der Stadtentwicklungsausschuss verzichtet auf Wiedervorlage, falls die Bezirksvertretung Ehrenfeld uneingeschränkt zustimmt und empfiehlt dem Rat wie folgt zu beschließen:

Beschluss:

Der Rat beschließt den Erlass der Satzung über die Aufhebung der Satzung über die förmliche Festlegung des Sanierungsgebietes Bocklemünd/Mengenich in der zu diesem Beschluss paraphierten Fassung.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**6.4 Anpassung an den Klimawandel
2216/2014**

Die Vorlage wurde zurückgestellt.

7 Änderungen des Flächennutzungsplanes

**7.1 199. Änderung des Flächennutzungsplanes (FNP) im Stadtbezirk 7 Köln-Porz
Arbeitstitel: "Fernbusbahnhof am Flughafen Köln Bonn" in Köln-Porz-Grengel
hier: Einleitungsbeschluss und Beschluss zur frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit
1330/2014**

Die Vorlage wurde endgültig zurückgezogen.

8 Städtebauliche Planungskonzepte / Beschlüsse zur Durchführung von frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligungen

Zu diesem Tagesordnungspunkt lag nichts vor.

9 Städtebauliche Planungskonzepte / Stellungnahme der Bezirksvertretungen zu den Ergebnissen der vorgezogenen Bürgerbeteiligungen/frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligungen, Entscheidungen über die Vorgaben zu den Bebauungsplan-Entwürfen

Zu diesem Tagesordnungspunkt lag nichts vor.

10 Einleitung/Aufstellung/Offenlage von Bebauungsplänen bzw. Bebauungsplan-Entwürfen, ggf. mit Beschluss zur Durchführung der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligungen

**10.1 Beschluss über die Offenlage des Bebauungsplan-Entwurfes (vorhabenbezogener Bebauungsplan) 67468/03
Arbeitstitel: Konrad-Adenauer-Ufer/Wörthstraße 34 in Köln-Neustadt/Nord
2149/2014**

Beschluss:

Der Stadtentwicklungsausschuss beschließt, den Bebauungsplan-Entwurf (vorhabenbezogener Bebauungsplan) 67468/03 mit gestalterischen Festsetzungen für die Flurstücke 206 und 207 der Flur 38 der Gemarkung Köln in Köln-Neustadt/Nord – Arbeitstitel: Konrad-Adenauer-Ufer/Wörthstraße 34 in Köln-Neustadt/Nord– nach § 3 Absatz 2 Baugesetzbuch (BauGB) in Anwendung des beschleunigten Verfah-

rens nach § 13a BauGB mit der als Anlage beigefügten Begründung und den nach Einschätzung der Gemeinde wesentlichen, bereits vorliegenden umweltbezogenen Stellungnahmen öffentlich auszulegen.

Der Stadtentwicklungsausschuss verzichtet auf nochmalige Vorlage, falls die Bezirksvertretung Innenstadt ohne Einschränkung zustimmt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

10.2 Beschluss über die Aufstellung und Offenlage des Bebauungsplan-Entwurfes 69399/03

**Arbeitstitel: Bahnstraße in Köln-Rodenkirchen
2780/2014**

RM Jahn stimmt der Vorlage grundsätzlich zu, fordert für ihre Fraktion jedoch, auf dem Areal preisgedämpften Wohnraum zu realisieren.

SE Beste fragt an, ob eine öffentliche Zuwegung zum Abenteuerspielplatz auf Dauer sichergestellt sei.

Beigeordneter Höing bejaht dies. Die öffentliche Zugänglichkeit werde im Rahmen eines Gehwegrechtes gesichert.

SE Dr. Soénius begrüßt von Seiten der IHK die Vorlage, jedoch wiederhole er an dieser Stelle seine schon vielfach geäußerte Forderung nach einem Gewerbeflächenmanagement.

Vorsitzende Gordes stellt die Vorlage zur Abstimmung:

Beschluss:

Der Stadtentwicklungsausschuss beschließt,

1. nach § 2 Absatz 1 Baugesetzbuch (BauGB) den Bebauungsplan 69399/03 mit gestalterischen Festsetzungen für den Planbereich zwischen der Stadtbahnlinie 16 im Osten, der Friedrich-Ebert-Straße im Süden, der Konrad-Adenauer-Straße im Westen und den Flurstücken 281, 273 und 75 im Norden — Arbeitstitel: Bahnstraße in Köln-Rodenkirchen— aufzustellen;
2. den Planentwurf nach § 3 Absatz 2 BauGB mit der als Anlage beigefügten Begründung und den nach Einschätzung der Gemeinde wesentlichen, bereits vorliegenden umweltbezogenen Stellungnahmen öffentlich auszulegen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**10.3 Beschluss über die Einleitung und Offenlage des Bebauungsplan-Entwurfes (vorhabenbezogener Bebauungsplan) Nummer 63466/02
Arbeitstitel: Leyendeckerstraße/Christianstraße in Köln-Ehrenfeld
2855/2014**

SE Brock-Mildenberger begrüßt ausdrücklich, dass die bisherige Angebotsplanung auf einen Vorhabenbezogenen Bebauungsplan umgestellt worden sei. Auch sei es gelungen, die Anregungen aus der Öffentlichkeit in das Verfahren aufzunehmen. Beispielfähig nenne er hier den Erhalt der beiden Backsteinhäuser. Richtig finde er auch, dass die Umsetzung des Projekts über verschiedene Bauherren erfolge. Von der Verwaltung möchte er noch wissen, wie viele der insgesamt 100 Wohnungen öffentlich gefördert werden sollen und ob das Pumpwerk ober- oder unterirdisch erstellt wird.

Frau Müssigmann (stellv. Amtsleiterin des Stadtplanungsamtes) antwortet, es würden circa 40 öffentlich geförderte Wohnungen im WA 4 entstehen. Das Pumpwerk werde unterirdisch platziert, so dass von Seiten der Stadtentwässerungsbetriebe lediglich eine Einstiegs Luke benötigt werde.

RM Kienitz begrüßt im Namen der CDU-Fraktion ebenfalls das Projekt. Neben der Schaffung von dringend benötigtem Wohnraum, trage es auch städtebaulich zu einer Aufwertung des Areals bei. Wichtig sei ihm, dass die öffentlichen Wegebeziehungen erhalten bleiben und somit die Durchlässigkeit in das Quartier sichergestellt sei.

RM Dr. Welpmann fragt an, ob es bereits architektonische Überlegungen hinsichtlich der Einbindung der Backsteingebäude in die Neubebauung gebe.

Beigeordneter Höing verneint dies.

SE Zimmermann spricht sich grundsätzlich auch für das Vorhaben aus, bedauert jedoch, dass hier eine Chance vertan werde, den Leo-Amann-Park zu entwickeln. Der Stadtbezirk Ehrenfeld sei in Bezug auf Grünflächen unterversorgt.

RM Kienitz zeigt Verständnis für die Aussage des Herrn Zimmermann. Es sei gemeinsame Aufgabe, Freiflächen im Bereich des ehemaligen Güterbahnhofes, entlang der Bahntrasse, zu schaffen.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, stellt Vorsitzende Gordes die Vorlage mit Wiedervorlageverzicht zur Abstimmung:

Beschluss:

Der Stadtentwicklungsausschuss beschließt,

1. den Einleitungsbeschluss vom 03.04.2014 betreffend den Bebauungsplan-Entwurf (vorhabenbezogener Bebauungsplan) Nummer 63466/02 um die Fläche des Pumpwerkes östlich der Christianstraße in Köln-Ehrenfeld —Arbeitstitel: Leyendeckerstraße/Christianstraße in Köln-Ehrenfeld— zu erweitern;
2. den Bebauungsplan-Entwurf (vorhabenbezogener Bebauungsplan) Nummer 63466/02 mit gestalterischen Festsetzungen für das Gebiet zwischen Leyendeckerstraße und Christianstraße in Köln-Ehrenfeld nach § 3 Absatz 2 Baugesetzbuch (BauGB) in Anwendung des beschleunigten Verfahrens nach § 13a BauGB mit der als Anlage beigefügten Begründung öffentlich auszulegen.

Der Stadtentwicklungsausschuss verzichtet auf nochmalige Vorlage, falls die Bezirksvertretung Ehrenfeld ohne Einschränkung zustimmt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**10.4 Bebauungsplanverfahren (vorhabenbezogener Bebauungsplan) "Niehler Gürtel 104" in Köln-Weidenpesch;
hier: Beschluss über die Auswahl einer Konzeptvariante als Grundlage für den Bebauungsplan-Entwurf
2900/2014**

Vorsitzende Gordes schlägt vor, den Beschluss aus der Bezirksvertretung Nippes zu übernehmen.

RM Frenzel spricht sich dagegen aus, sondern favorisiert nach wie vor die Alternative A1. Seines Erachtens sei diese aus städtebaulicher Sicht die bessere Lösung.

RM Jahn schließt sich den Worten ihres Vorredners an.

RM Weisenstein plädiert ebenfalls für eine Beschlussfassung analog der Bezirksvertretung Nippes. Grund sei neben der Schaffung von mehr Wohnraum auch das Erscheinungsbild insgesamt und die Qualität der Grünflächenentwicklung.

Frau Müssigmann (stellv. Amtsleiterin des Stadtplanungsamtes) rät von dieser Konzeptvariante ab. Die hierdurch geschaffenen Freiräume seien bedingt durch ihre geringe Größe kaum nutzbar. Mit Hilfe einer PowerPoint-Präsentation zeigt sie die Freiräume beider Varianten im Vergleich. Sowohl die Freiraumqualität als auch die städtebauliche Qualität seien ihres Erachtens in der Variante A1 wesentlich höher.

Daraufhin stellt Vorsitzende Gordes die Vorlage in Form des Verwaltungsvorschlages zur Abstimmung:

Beschluss:

Der Stadtentwicklungsausschuss beschließt, für das Bebauungsplanverfahren – Arbeitstitel: "Niehler Gürtel 104" in Köln-Weidenpesch– Variante A.1 aus Anlage 2 als Grundlage für die weitere Bearbeitung des Bebauungsplan-Entwurfes zugrunde zu legen.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich zugestimmt gegen die Fraktion Die Linke.

**10.5 Beschluss über die Aufstellung eines Bebauungsplanverfahrens
Arbeitstitel: Lindgens-Areal in Köln-Mülheim
2827/2014**

Vorsitzende Gordes ruft die Beschlussvorlage wegen des bestehenden Sachzusammenhangs gemeinsam mit der Vorlage zu TOP 12.2 –Euroforum- auf.

Vorsitzende Gordes äußert ihren ausdrücklichen Zuspruch zum Verfahren und die Schnelligkeit der Einbringung beider Vorlagen in den Stadtentwicklungsausschuss. Sie freue sich darüber, nunmehr in die Realisierungsphase eintreten zu können. Ge-

meinsam mit den Bürgern vor Ort, der Verwaltung, der Vorhabenträger und den politischen Vertretern sei ein hervorragendes Werkstattverfahren durchgeführt worden. Da nicht alle Mitglieder des Stadtentwicklungsausschusses dieses Verfahren begleitet hätten, bittet sie die Verwaltung, beide Verfahren kurz vorzustellen.

Frau Müssigmann (stellv. Amtsleiterin des Stadtplanungsamtes) kommt dem gerne nach. Mit Hilfe einer PowerPoint-Präsentation zeigt sie eine ausführliche Gesamtschau zu den konzeptionellen Planungen des Areals und kommentiert diese. Über die Weiterentwicklung werde sie in diesem Ausschuss regelmäßig berichten. Ihre Zielsetzung sei, die vielfältigen Informationen und Anregungen aus dem Beratungs- und Begleitgremium noch einmal aufzugreifen, die Anregungen aus der Fachverwaltung einzubinden und die dann fortgeschriebene Planung dem Stadtentwicklungsausschuss im kommenden Jahr als informelle Planung zum städtebaulichen Entwicklungskonzept zur Beschlussfassung vorzulegen.

Beigeordneter Höing betont die Wichtigkeit einer Gesamtschau, welche die einzelnen Grundstücke einbezieht und sie qualitativ miteinander verknüpft und beschreibt seine konzeptionellen Zielsetzungen. Das zu entwickelnde Areal sei eines der interessantesten im Stadtgebiet und er freue sich auf die weiteren Schritte. Ein Problem sehe er allerdings bei der verkehrlichen Erschließung; zumal man hierbei auch die Weiterentwicklung der Messe in die Betrachtung einbeziehen müsse. Diesbezüglich seien weitere intensive Untersuchungen durchzuführen.

RM Kienitz begrüßt von Seiten der CDU-Fraktion ausdrücklich die Entwicklung des Areals, welche für das rechtsrheinische Stadtgebiet und insbesondere für den Stadtteil Mühlheim von besonderer Bedeutung sei. Er dankt Frau Müssigmann, dem Stadtentwicklungsausschuss einen Einblick über den Stand und den Ablauf der Verfahren gegeben zu haben. Neben dem Lob für die geschaffene Qualität, lege er aber auch großen Wert auf die verkehrlichen Belange, weswegen er die weiteren diesbezüglichen Überlegungen kritisch begleiten werde. Herr Höing habe zum Individualverkehr schon einiges gesagt; er bittet jedoch auch um eine Aussage zur Anbindung an den ÖPNV.

RM Jahn schließt sich dem Lob über das durchgeführte Werkstattverfahren an. Damit aber die Qualität des Verfahrens auch in der Zukunft gewährleistet bleibt, möchte sie nachfolgende Anregungen für die Verwaltung zu Protokoll geben:

- Es wird darum gebeten, den einzelnen Beschlussvorlagen künftig eine übergeordnete Planung des Gesamtgebietes „Mülheimer Süden“ beizufügen (Gesamtschau).
- Es wird gebeten, die Ergebnisse des Begleitgremiums zum Ergebnis des Wettbewerbsverfahrens dem Stadtentwicklungsausschuss vorzustellen.
- Es wird gebeten, Aussagen über eine überörtliche Radwegeverbindung zu treffen sowie Aussagen dazu, wie die Anbindung an den ÖPNV erfolgen soll (z.B. Realisierung einer Stadtbahn mit befahrbarem Bahnkörper).

RM Frenzel ist ebenfalls der Ansicht, das Werkstattverfahren habe zu Recht eine sehr positive Aufnahme in der Stadtgesellschaft gefunden. Auch das Ergebnis, nämlich eine integrierte Planung zu konzipieren, sei sehr gelungen. Sein Dank gelte auch den Eigentümern, die sehr viel Geduld aufgebracht hätten, diesen Prozess abzuwarten. Auch der Verwaltung spreche er seinen Dank aus, weil sie es geschafft habe, die Vorlagen noch in diesem Jahr in den Stadtentwicklungsausschuss einzubringen. Beide Vorlagen fänden die volle Unterstützung der SPD. Gewiss seien noch einige Hürden zu überwinden, wie beispielsweise die Anbindung des Grünzugs Richtung Rhein und

die Hochwasserproblematik, und er bittet die Verwaltung hierzu kurz Stellung zu nehmen.

RM Weisenstein schließt sich dem Lob seiner Vorredner an und stellt einige inhaltliche Fragen zur nördlichen Durchwegung in der Grünfläche und zur perspektivischen Anbindung an den Mülheimer Stadtpark. Auch stelle sich ihm die Frage, ob der vorgesehene Parkplatz, direkt angrenzend an die geplante Ortsmitte, dort richtig positioniert sei. Bezüglich des Euroforums begrüße er ausdrücklich die vorangegangenen Diskussionen, insbesondere zum Gebäude 9.

SE Zimmermann greift die Aussage des Herrn Weisenstein zum Gebäude 9 auf und möchte von der Verwaltung wissen, ob die derzeitigen Nutzer tatsächlich mit der Planung einverstanden seien, bzw. wo es noch Differenzen gebe. Ferner bittet auch er um eine Aussage zum Anschluss an den ÖPNV.

Beigeordneter Höing erklärt, derzeit gebe es keine konkreten Konflikte mit den Nutzern des Gebäudes 9. Zumindest entspreche dies seiner Wahrnehmung; ggf. müsse man dies noch einmal erfragen. Bezüglich der Nachfragen zum ÖPNV verhalte es sich so, dass die Deutz-Mülheimer-Straße aufgrund ihres Zuschnitts eine Stadtbahnlinie nicht zulasse. Insofern müsse man sich auf ein Bussystem konzentrieren, und dies im Rahmen von „Smart City“. Die Anbindung an den ÖPNV, insbesondere zum Deutzer Bahnhof, sowie eine überörtliche Radwegeverbindung sei bereits Aufgabenstellung bei der Konkretisierung der Planung. Was die Grünverbindung zum Rhein angehe, so sei er zuversichtlich, eine Einigung mit den Eigentümern zu erzielen, die eine großzügige und akzeptierte Anbindung ermögliche. Details müssten bei der Konkretisierung des Bebauungsplanverfahrens erarbeitet und entwickelt werden. Auch hinsichtlich der Hochwasserproblematik gehe er von einer Lösung aus, indem der Hafen von einer Bebauung freigehalten werde und die Bebauung des Auenweges in Richtung Rhein deutlich zurückweiche. Darüber hinaus brauche es noch technische Ausformulierungen, inwieweit über Tiefgaragen zusätzliche Retentionsräume geschaffen werden können, etc. Er stehe diesbezüglich in engem Kontakt mit der Bezirksregierung; die Angelegenheit sei vorbesprochen.

SE Beste möchte ergänzend zu den bereits formulierten Anregungen von Frau Jahn noch nachfolgende konkrete Anmerkungen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zu beiden Vorlagen als Diskussionsgrundlage für die Bezirksvertretung Mülheim zu Protokoll geben:

1. Platzgestaltung Deutz-Mülheimer-Straße/Auenweg

- Die aufgeständerten Bauten an der Nordseite des Platzes werden abgelehnt. Hier ist eine deutliche Fassung der Platzkante erforderlich, da außerhalb des Plangebietes auf der Südseite ebenfalls aufgeständerte Bauten vorgesehen werden.
- Eine Höhenentwicklung mit bis zu 15 Geschossen wird abgelehnt. Allenfalls scheint hier eine städtebauliche Betonung angemessen, die nicht zu einer Verschattung des Platzes führt. Zudem müssen eventuelle Hochpunkte im Mülheimer Rheinpanorama mit der Gesamtplanung diskutiert und abgestimmt werden. Eine unabgestimmte Planung in einem Teilbereich des Gesamtkonzepts ist nicht zielführend.
- Die Nutzungsangebote rund um den neuen Platz sind im Hinblick auf die ge-

plante Stärkung des Nahversorgungszentrums an der Stegerwaldsiedlung zu definieren und planungsrechtlich zu sichern.

2. Hafenstraße

- Die stadträumlichen Qualitäten der Flächen rund um die aufgeständerten Bauten im Retentionsbereich westlich der Hafenstraße sollen dargestellt werden. Ebenso die der angedachten „Brücken“ über die Hafenstraße als Verbindung zwischen den aufgeständerten Bauten und dem östlichen Bereich der Hafenstraße.
- Die Grünraumverbindung zwischen Stadtgarten und Hafen muss in voller Breite von jeglicher Bebauung freigehalten werden. Bei dieser wichtigsten Grünverbindung im Plangebiet ist nicht nur eine Wegeverbindung sondern auch die Blickbeziehung zu Hafen und Rheinboulevard herzustellen.

3. Bestehende Hallen

- Es wird um Darstellung gebeten, welche Hallen denkmalgeschützt sind und welche von der Verwaltung als erhaltenswert eingestuft werden.
- Es soll dargestellt werden, in welchen Hallen Parken vorgesehen ist. Parkhäuser sollen nicht als Nutzung für denkmalgeschützte Hallen vorgesehen werden.

Zur Vorlage „Euroforum“:

- Im SO-Gebiet ist möglichst viel Gebäudesubstanz zu erhalten. D.h., die Nahversorgung soll in die bestehende Gebäudesubstanz integriert werden. Es soll dargestellt werden, wie die Anlieferung für den großflächigen Einzelhandel entlang der Bahnbögen erfolgen soll.
- Es soll dargestellt werden, welche Bedeutung die schraffierte Fläche in der Mitte des SO-Gebietes hat.

Beigeordneter Höing erklärt, heute noch keine Antwort auf alle gestellten Fragen parat zu haben; diese würden erst bei den nächsten Planungsschritten herausgearbeitet. Das gesamte Verfahren sei seines Erachtens von einer gewissen Offenheit und Experimentierfreude geprägt und er appelliere an alle Beteiligten, dies auch zu bewahren. Man möge nicht schon zum jetzigen Zeitpunkt gewisse Statuten festlegen.

Nachdem Vorsitzende Gordes die Vorlage mit Wiedervorlageverzicht zur Abstimmung stellen will, wird sie von RM Jahn unterbrochen, die diese Vorlage wegen der zahlreichen Anregungen nochmals in diesem Ausschuss beraten möchte.

Beigeordneter Höing bittet darum, von einer zweiten Runde abzusehen, da diese nur Zeit koste. Schließlich gehe es heute lediglich darum, einen Aufstellungsbeschluss zu fassen und somit das Verfahren fortzuführen.

RM Jahn erklärt sich damit einverstanden sofern die Verwaltung versichert, die heute geäußerten Anregungen aufzunehmen, bzw. einzuarbeiten und an die Bezirksvertretung Mülheim weiterzugeben.

RM Kienitz zeigt sich verwundert über die Einlassung von Frau Jahn. Selbstverständlich gehe er davon aus, dass die Diskussionsbeiträge zu Protokoll genommen würden. Nicht verlangen könne man aber die verpflichtende Umsetzung der Anregungen durch die Verwaltung, da dies der von Herrn Höing beschriebenen Offenheit des Verfahrens widersprechen würde. Insofern könne man auch heute einen Wiedervorlageverzicht aussprechen.

RM Jahn ist damit einverstanden. Ihre Anregungen seien ausschließlich als Erinnerung für die Aufgabenstellung im weiteren Verfahren zu verstehen.

Daraufhin stellt Vorsitzende Gordes die Beschlussvorlage mit Wiedervorlageverzicht zur Abstimmung:

Beschluss:

Der Stadtentwicklungsausschuss

1. beschließt, nach § 2 Absatz 1 Baugesetzbuch (BauGB) ein Bebauungsplanverfahren für die Flurstücke 892, 889, 1050, 1051, 792, 2244/166, Teile der Flurstücke 891, 1006, 2627/177, Flur 6, (Lindgens & Söhne), und für die städtischen Grundstücke Hafenstrasse, Auenweg und Deutz-Mülheimer Straße (Flurstücke 793, Teile der Flurstücke 964, 931, 176/2, Flur 6) in Köln-Mülheim —Arbeitstitel: Lindgens-Areal in Köln-Mülheim— einzuleiten mit dem Ziel, die ehemals industriell genutzten Flächen städtebaulich für eine Mischnutzung neu zu ordnen;
2. nimmt das städtebauliche Planungskonzept zur Kenntnis und beschließt die Durchführung der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung nach § 3 Absatz 1 BauGB nach Modell 2 (Bürgerversammlung als Abendveranstaltung).

Der Stadtentwicklungsausschuss verzichtet auf nochmalige Vorlage, falls die Bezirksvertretung Mülheim ohne Einschränkung zustimmt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

10.6 Beschluss über die Aufstellung eines Bebauungsplanes Arbeitstitel: Rhöndorfer Straße in Köln-Sülz 3327/2014

RM Pakulat begrüßt die Vorlage. Da sich an der Rhöndorfer Straße allerdings bereits mehrere Supermärkte und anderer Einzelhandel angesiedelt hätten, regt sie an erneut zu prüfen, ob eine Fußwegeverbindung zur nordwestlichen Wohnbebauung hergerichtet werden könne. Es sei unsinnig, dass die in der Nähe wohnenden Anwohner ein KFZ für ihre Einkäufe nutzen müssten.

Der Stadtentwicklungsausschuss genehmigt nachfolgende Dringlichkeitsentscheidung:

Beschluss:

Gemäß § 60 Absatz 2 Satz 1 Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen (GO NRW) in Verbindung mit § 10 der Hauptsatzung beschließen wir, nach § 2 Absatz 1 Baugesetzbuch (BauGB) in Anwendung des vereinfachten Verfahrens nach § 13 BauGB mit Festsetzungen nach § 9 Absatz 2 a BauGB einen Bebauungsplan für das Gebiet des

unbeplanten Innenbereiches beidseitig der Rhöndorfer Straße zwischen Weißhausstraße beziehungsweise Pohligstraße im Norden der Bahnstrecke Eifeltor - Köln-Hauptbahnhof im Osten, dem Gottesweg und den nördlichen Grenzen der Grundstücke Gottesweg 92 bis 100 im Süden und den östlichen Grenzen der Grundstücke Weißhausstraße 7, Düsternichstraße 1 und 3 sowie Linzer Straße 21 bis 55, im Westen in Köln-Sülz —Arbeitstitel: Rhöndorfer Straße in Köln-Sülz— aufzustellen mit dem Ziel, Einzelhandel auszuschließen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

11 Aufhebung von Aufstellungsbeschlüssen sowie Einstellung von Bebauungsplan-Verfahren

Zu diesem Tagesordnungspunkt lag nichts vor.

12 Beschlüsse über Anregungen/Stellungnahmen, Änderungen sowie Satzungsbeschlüsse von Bebauungsplan-Entwürfen

**12.1 Beschluss über Stellungnahmen sowie Satzungsbeschluss betreffend den Bebauungsplan-Entwurf 73480/06
Arbeitstitel: Kochwiesenstraße in Köln-Holweide
2868/2014**

Der Stadtentwicklungsausschuss empfiehlt dem Rat wie folgt zu beschließen:

Beschluss:

Der Rat beschließt

1. den Aufstellungsbeschluss vom 06.12.1990, betreffend die alte Abgrenzung des Bebauungsplanes "Kochwiesenstraße" (siehe Anlage 2), um den Bereich 4 der ehemaligen "Baumwollbleicherei", den Bereich 3 "untererer Wiechheimer Kirchweg" und Teile des Bereiches 1 "Kaspar-Düppes-Straße" im nördlichen Planbereich, aufzuheben;
2. über die zum Bebauungsplan-Entwurf 73480/06 für das Gebiet zwischen Kochwiesenstraße, Burgwiesenstraße, Ferdinand-Stücker-Straße und Schweinheimer Straße in Köln-Holweide —Arbeitstitel: Kochwiesenstraße in Köln-Holweide— abgegebenen Stellungnahmen gemäß Anlage 10;
3. den Bebauungsplan 73480/06 mit gestalterischen Festsetzungen nach § 10 Absatz 1 Baugesetzbuch (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.09.2004 (BGBl. I S. 2 414) in Verbindung mit § 7 Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen (GO NW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV NW S. 666/SGV NW 2 023) —jeweils in der bei Erlass dieser Satzung geltenden Fassung— als Satzung mit der nach § 9 Absatz 8 BauGB beigefügten Begründung.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**12.2 Beschluss über Stellungnahmen sowie Satzungsbeschluss betreffend den Bebauungsplan-Entwurf 69460/07
Arbeitstitel: Euroforum Nord in Köln-Mülheim
3046/2014**

Die Diskussion zu diesem Tagesordnungspunkt wurde zu TOP 10.5 –Lindgens-Areal in Köln-Mülheim- geführt.

Der Stadtentwicklungsausschuss empfiehlt dem Rat wie folgt zu beschließen:

Beschluss:

Der Rat beschließt

1. über die zum Bebauungsplan-Entwurf 69460/07 für das Gebiet nördlich des Zoobrückenzubringers (B 55a), zwischen der Messeallee Nord, der ICE-Trasse der Bahn, einschließlich zweier circa 20 m breiter Streifen zwischen der Bahntrasse und dem Auenweg und einer circa 47 m breiten Fläche nördlich der Bahnbrücke, einschließlich des Grundstücks der Villa Charlier, bis zum Auenweg —Arbeitstitel: Euroforum Nord in Köln-Mülheim— abgegebenen Stellungnahmen gemäß Anlage 7;
2. den Bebauungsplan 69460/07 mit gestalterischen Festsetzungen nach § 10 Absatz 1 Baugesetzbuch (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.09.2004 (BGBl. I S. 2 414) in Verbindung mit § 7 Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen (GO NW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV NW S. 666/SGV NW 2 023) —jeweils in der bei Erlass dieser Satzung geltenden Fassung— als Satzung mit der nach § 9 Absatz 8 BauGB beigefügten Begründung.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

13 Änderungen/Ergänzungen von Bebauungsplänen

**13.1 Beschluss über die Einleitung betreffend die Änderung des Bebauungsplanes 77349/04
Arbeitstitel: "GE westlich Linder Kreuz" in Köln-Porz-Lind, 3. Änderung
2841/2014**

Eine Beschlussfassung hat sich wegen des ausgesprochenen Wiedervorlageverzichts erübrigt.

**13.2 Beschluss über die Einleitung betreffend die Änderung des Bebauungsplanes (vorhabenbezogener Bebauungsplan) Nummer 69450/08
Arbeitstitel: "Ehemaliges CFK-Gelände" in Köln-Kalk, 2. Änderung
3164/2014**

RM Dr. Welpmann gibt zu Protokoll, dass seine Fraktion sich für eine sechsgeschos-
sige Bebauung ohne Staffelgeschoss ausspricht.

RM Frenzel bittet die Verwaltung um Darstellung der Gründe, weshalb der Gestaltungsbeirat den vorliegenden Entwurf favorisiere.

Frau Müssigmann (stellv. Leiterin des Stadtplanungsamtes) erläutert, dem Gestaltungsbeirat sei wichtig gewesen, zwischen den Höhen des Gebäudes im Norden und dem künftigen ADAC-Gebäude zu vermitteln.

Nachdem auch SE Krems die Diskussion im Gestaltungsbeirat und die Gründe für die dort getroffene einstimmige Empfehlung wiedergibt, schließt sich RM Jahn dieser Empfehlung an.

Vorsitzende Gordes stellt die Vorlage mit Wiedervorlageverzicht zur Abstimmung:

Beschluss:

Der Stadtentwicklungsausschuss beschließt, das Verfahren zur Änderung des Bebauungsplanes (vorhabenbezogener Bebauungsplan) Nummer 69450/08 gemäß § 2 Absatz 1 in Verbindung mit § 1 Absatz 8 Baugesetzbuch (BauGB) in Anwendung des beschleunigten Verfahrens nach § 13a BauGB für das Gebiet zwischen der Erna-Scheffler-Straße im Westen und der Straße des 17. Juni im Osten (Gemarkung Deutz, Flur 33, 812, 995, 998 und 1007) —Arbeitstitel: "Ehemaliges CFK-Gelände" in Köln-Kalk, 2. Änderung— einzuleiten.

Der Stadtentwicklungsausschuss verzichtet auf nochmalige Vorlage, falls die Bezirksvertretung Kalk ohne Einschränkung zustimmt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**13.3 Beschluss über die Einleitung betreffend die Änderung des Bebauungsplanes 75409/04
Arbeitstitel: Friedrich-Naumann-Straße in Köln-Porz-Eil, 2. Änderung
3594/2014**

SE Krems fragt an, ob die Planänderung Auswirkungen auf die anderen Festsetzungen, wie die Zulässigkeit von Einzelhandel, den Ausschluss von Vergnügungsstätten, etc. habe und ob der Praktiker-Markt seinen Bestandsschutz verliere.

Frau Müssigmann (stellv. Leiterin des Stadtplanungsamtes) verneint dies. Die Planänderung verfolge ausschließlich das Ziel, soziale Nutzungen in einem Gewerbegebiet zu erlauben.

Vorsitzende Gordes stellt die Vorlage mit Wiedervorlageverzicht zur Abstimmung:

Beschluss:

Der Stadtentwicklungsausschuss

1. beschließt, das Verfahren zur 2. Änderung des Bebauungsplanes 75409/04 gemäß § 2 Absatz 1 in Verbindung mit § 1 Absatz 8 Baugesetzbuch (BauGB) in Anwendung des beschleunigten Verfahrens nach § 13a BauGB für das Gebiet betreffend die Erweiterungsfläche der Tennishalle auf der Parzelle 280 in der Gemarkung Eil, Flur 4, und das Gewerbegebiet beiderseits der Friedrich-Naumann-Straße im östlichen Winkel der Frankfurter Straße/Ecke Theodor-

Heuss-Straße –Arbeitstitel: Friedrich-Naumann-Straße in Köln-Porz-Eil,
2. Änderung— einzuleiten;

2. beschließt den Änderungsentwurf nach § 3 Absatz 2 BauGB in Anwendung des beschleunigten Verfahrens nach § 13a BauGB mit Begründung öffentlich auszu-legen;
3. verzichtet auf nochmalige Vorlage, falls die Bezirksvertretung Porz ohne Ein-schränkung zustimmt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

14 Aufhebung von Bebauungsplänen

14.1 Aufhebung des Bebauungsplanes 74397/02 und seiner 1. und 2. Ände-rung - Einleitungs- und Offenlagebeschluss - Arbeitstitel: Josefstraße in Köln-Porz 2633/2014

Die Vorlage wurde zurückgestellt.

14.2 Aufhebung des Aufstellungsbeschlusses eines Bebauungsplanes für ein Eckgrundstück Bergisch Gladbacher Straße/Musäusstraße Arbeitstitel: Bergisch Gladbacher Straße/Musäusstraße in Köln-Holweide 2934/2014

Vorsitzende Gordes stellt die Vorlage mit Wiedervorlageverzicht zur Abstimmung:

Beschluss:

Der Stadtentwicklungsausschuss beschließt, den am 27.11.2008 gefassten Aufstel-lungsbeschluss für das Gebiet des Eckgrundstückes Bergisch Gladbacher Stra-ße/Musäusstraße in Köln-Holweide –damaliger Arbeitstitel: Eckgrundstück Bergisch Gladbacher Straße/Musäusstraße in Köln-Holweide– aufzuheben.

Der Stadtentwicklungsausschuss verzichtet auf nochmalige Vorlage, falls die Bezirks-vertretung Mülheim ohne Einschränkung zustimmt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

15 Sonstige Satzungen

15.1 Satzung über eine Veränderungssperre für einen Teilbereich der Ortsla-ge in Köln-Niehl Arbeitstitel: Nördlich Erlenhofstraße in Köln-Niehl 3104/2014

Vorsitzende Gordes stellt die Vorlage mit Wiedervorlageverzicht zur Abstimmung:

Der Stadtentwicklungsausschuss verzichtet auf nochmalige Vorlage, falls die Bezirksvertretung Nippes ohne Einschränkung zustimmt und empfiehlt dem Rat wie folgt zu beschließen:

Beschluss:

Der Rat beschließt die Satzung über eine Veränderungssperre für einen Teilbereich der Ortslage in Köln-Niehl –Arbeitstitel: Nördlich Erlenhofstraße in Köln-Niehl– für das Gebiet östlich der Sebastianstraße, nördlich der Erlenhofstraße, westlich des Grundstücks mit der Flurstücksnummer 3367 und südlich des Grundstücks mit der Flurstücksnummer 3093 in Köln-Niehl in der zu diesem Beschluss als Anlage beigefügten, paraphierten Fassung.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**15.2 Satzung über eine Veränderungssperre für einen Teilbereich der Ortslage in Köln-Porz-Westhoven
Arbeitstitel: Stollwerckstraße in Köln-Porz-Westhoven
3133/2014**

Vorsitzende Gordes stellt die Vorlage mit Wiedervorlageverzicht zur Abstimmung:

Der Stadtentwicklungsausschuss verzichtet auf nochmalige Vorlage, falls die Bezirksvertretung Porz ohne Einschränkung zustimmt und empfiehlt dem Rat wie folgt zu beschließen:

Beschluss:

Der Rat beschließt die Satzung über eine Veränderungssperre für einen Teilbereich der Ortslage in Köln-Porz-Westhoven –Arbeitstitel: Stollwerckstraße in Köln-Porz-Westhoven– für das Gebiet zwischen der Kölner Straße und dem Weg Am Blauen Stein, die Bebauung entlang der Stollwerckstraße einschließlich der Bebauung an der Claudiastraße, Karinweg, Charlottenstraße, Ingeborgstraße, Sophienstraße, Augustastraße, Helenenstraße und Victoriastraße sowie der Straße Am Westhovener Berg umfassend in der zu diesem Beschluss als Anlage beigefügten, paraphierten Fassung.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

16 Anträge und Vorschläge aus den Bezirksvertretungen

Zu diesem Tagesordnungspunkt lag nichts vor.

17 Mitteilungen

Vorsitzende Gordes gibt bekannt, dass die für den 16.12.2014 angedachte aber noch nicht festgesetzte Sondersitzung des Stadtentwicklungsausschusses entfällt. Ferner macht sie darauf aufmerksam, dass die auf Wunsch der Verwaltung auf den

22.01.2015 vorverlegte Sitzung bereits um 13.00 Uhr beginnt, um eine Überschneidung mit der Sitzung des Liegenschaftsausschusses zu verhindern.

17.1 Wohnen in Köln Fakten, Zahlen und Ergebnisse 2013, Ausblick 2014 2976/2014

Vorsitzende Gordes ruft die Mitteilung in Sachzusammenhang mit der Mitteilung zu TOP 17.5 –Pegel Köln- auf. Sie vertritt die Auffassung, dass beide Themenbereiche zusammengehören. Sie bittet daher die Verwaltung, die Inhalte beider Broschüren zusammenzufassen und komprimiert in einem Werk darzustellen. So sei es für den Leser einfacher und effektiver, wissenswerte Daten nachzuschlagen.

RM Frenzel unterstützt den Wunsch von Frau Gordes. Der Bereich „Wohnen“ stelle ein wichtiges Thema dar und in der Mitteilung werde der immense Bedarf an neuen Wohnbauflächen hervorgehoben. Er halte es für wichtig, die Mitteilungen auch den Bezirksvertretungen bekannt zu geben, damit diese für die Problematik sensibilisiert würden.

RM Weisenstein dankt der Verwaltung für die Erstellung der beiden Mitteilungen. Seiner Ansicht nach seien die Zahlen übersichtlich und ehrlich dargestellt. Auch zeigten sie auf, wo die Probleme in Sachen Wohnungsbau zu finden seien. Im Folgenden geht er auf die einzelnen Problematiken ein. Über die Ergebnisse möge an „prominenter Stelle“ ausführlich diskutiert werden.

RM Kienitz sieht auch die Politik – Rat und Bezirksvertretung- in der Verantwortung, indem sie entsprechende Verwaltungsvorlagen zügig verabschiede. Anschließend bittet er die Verwaltung um Darstellung der prognostizierten Entwicklung im sozialen Wohnungsbau.

Herr Ludwig (stellv. Leiter des Amtes für Wohnungswesen) antwortet, der Bestand der Wohnungen im sozialen Wohnungsbau werde auch in den kommenden Jahren rückläufig sein. Er könne zwar keine konkreten Zahlen nennen, jedoch gehe er davon aus, dass in den nächsten Jahren etwa doppelt so viele Wohnungen aus der Bindung herausfallen werden, als neue Wohnungen gefördert würden. Neben dem planmäßigen Auslauf der Bindung müsse zudem damit gerechnet werden, dass aufgrund der niedrigen Zinspolitik Sozialbindungen vorzeitig abgelöst würden.

RM Jahn ergänzt in Bezug auf die Ausführungen des Herrn Kienitz zur Beschleunigung von Verfahren, dass es oftmals auch an einer zeitnahen Umsetzung bereits beschlossener Baumaßnahmen hapere.

RM Frenzel beschreibt im Folgenden ausführlich die seiner Ansicht nach erforderlichen Maßnahmen, die zu einer Entlastung der angespannten Wohnraumsituation führen könnten.

Beigeordneter Höing macht deutlich, es bedürfe vieler, ineinandergreifender Einzelmaßnahmen, um tatsächlich Erfolge in der Wohnungsbaupolitik erzielen zu können. Das Kooperative Baulandmodell sei ein solches Modul. Ferner müssten Prozesse innerhalb der Verwaltung gestrafft und umorganisiert werden. Derzeit bestünden konkrete Überlegungen zur Einrichtung einer Wohnungsbauleitstelle unter seiner Federführung. Auch bedürfe es mutiger Entscheidungen zu den künftig noch einzubringenden Flächenvorschlägen und ein gewisses Vertrauen in die Verwaltung, wenn man es mit einer Beschleunigung von Baumaßnahmen wirklich ernst meine.

17.2 7. Auflage der Broschüre "Der vorhabenbezogene Bebauungsplan - Ein Leitfaden für Architekten, Bauwillige und Investoren" unter besonderer Berücksichtigung des "Kooperativen Baulandmodells Köln" 3030/2014

Der Stadtentwicklungsausschuss nimmt die Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

17.3 Neubau der Wendeanlage im Bahnhof Köln-Rodenkirchen der Linie 16 3421/2014

Der Stadtentwicklungsausschuss nimmt die Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

17.4 Wohnungsbaumaßnahme Zündorf-Süd 3257/2014

Der Stadtentwicklungsausschuss nimmt die Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

**17.5 Pegel Köln 2/2014
Wohnungsbau in Köln 2013
Über 3.000 neue Wohnungen - weiter steigende Preise
3457/2014**

Die Mitteilung wurde zu TOP 17.1 behandelt.

18 Mündliche Anfragen

Es wurden keine mündlichen Anfragen gestellt.

19 Gleichstellungsrelevante Themen

Zu diesem Tagesordnungspunkt lag nichts vor.

Vorsitzende Gordes schließt den öffentlichen Teil der Sitzung.

gez. Birgit Gordes
Ausschussvorsitzende

gez. Marianne Michels
Schriftführerin